

Für individuelle Betreuungsmodelle und mehr Unterstützung von Kindern und Eltern



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Katja Dörner (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutlich mehr als 100 000 Kinder sind jährlich von Trennungen und Scheidungen ihrer Eltern
- 2 betroffen. Forschungsergebnisse zeigen, dass trotz der gesellschaftlichen Normalisierung von
- 3 Trennungen und Scheidungen problematische Folgen für Kinder insgesamt nicht abgenommen
- 4 haben. Die Belastung der Kinder und Jugendlichen resultiert nicht in erster Linie aus der
- 5 Trennung der Eltern selbst. Vielmehr spielen Elternkonflikte, aber auch finanzielle
- 6 Belastungen und Mangel an Unterstützung im Umfeld der Familie eine große Rolle.
- 7 Eine Betreuungsregelung zu vereinbaren, die dem Kind und seinen Entwicklungsbedürfnissen
- 8 gerecht wird und auch die Lebenssituation der Eltern berücksichtigt, ist oft schwierig.
- 9 Kinder und Eltern brauchen auf diesem Weg ein gutes und qualifiziertes Unterstützungsangebot
- 10 und gegebenenfalls differenzierte gerichtliche Entscheidungen.
- 11 Um ein Betreuungsmodell, das dem Kind gerecht wird, einvernehmlich zu vereinbaren, ist
- 12 Kommunikation und Kooperation der Elternteile nötig, die im Trennungsfall oft nicht leicht
- 13 ist. Daher muss ein qualifiziertes Beratungsangebot zeitnah zur Verfügung stehen, damit die
- 14 Fronten zwischen den Eltern nicht weiter verhärten. Jugendämter und Beratungsstellen müssen
- 15 überall über ausreichend geschultes Personal verfügen, um in hochstrittigen Situationen gut
- 16 agieren zu können. Wir wollen Elternkurse, die den Blick der Eltern auf die Bedürfnisse
- 17 ihrer Kinder schärfen, stärker fördern. Familien in schwierigen sozialen Lebenslagen oder
- 18 mit besonderen gesundheitlichen Belastungen, müssen besonders kompetent unterstützt
- 19 werden.
- 20 Gerade in diesen Familien führt eine Trennung vergleichsweise oft dazu, dass das Kind den
- 21 Kontakt zu einem Elternteil dauerhaft verliert, aber auch zu einem verstärkten Armutsrisiko.
- 22 Für diese belasteten Familien müssen spezifische Unterstützungsangebote entwickelt werden,
- 23 um die Arbeitsmarktintegration, die Einkommenssituation und/oder die medizinisch/
psychosoziale Versorgung der erziehenden Elternteile zu verbessern.
- 24 Die Forschung zeigt, dass eine gleichmäßige Betreuung durch beide Elternteile nach einer
- 25 Trennung sowie – bei guter Kooperation – ein Wechselmodell (Doppelresidenzmodell) mit
- 26 gleichen oder annähernd gleichen Betreuungsanteilen sich positiv auf die Entwicklung von
- 27 Kindern auswirken können. Deshalb sollen Eltern, die ein Wechselmodell anstreben, besser
- 28 unterstützt werden. Hierfür ist es nötig, die Beratungsangebote auszubauen. Die geplante
- 29 Reform des Unterhaltsrechts muss zum Ziel haben, ein Wechselmodell oder annähernd gleiche
- 30 Betreuungsanteile beider Elternteile nicht aus finanziellen Gründen zu erschweren bzw. die
- 31 Konflikte der Eltern aus finanziellen Erwägungen anzuheizen. Eltern im SGB-II-Bezug sollten
- 32 durch einen Mehrbedarf im SGB-II entlastet werden, damit es armen Familien auch finanziell
- 33 ermöglicht wird, dass sich beide Elternteile nach einer Trennung die Betreuung und Erziehung
- 34 ihre Kinder teilen.

35 Die Entscheidung, sich Erziehung und Betreuung der Kinder auch nach einer Trennung zu
36 teilen, fällt oft leichter, wenn die Eltern schon vor der Trennung eine partnerschaftliche
37 Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit gelebt haben bzw. leben konnten. Ein große
38 Mehrheit der Eltern wünscht sich eine solche partnerschaftliche Aufteilung. Durch den Ausbau
39 der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen, durch unserer zeitpolitischen Instrumente
40 wie die KinderzeitPlus, aber auch durch die Abschaffung hinderlicher Strukturen bspw. im
41 Steuerrecht wollen wir die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit
42 besser ermöglichen.

43 Bei hohem Konfliktpotential nach einer Trennung ist ein Wechselmodell für Kinder oft sehr
44 belastend und wirkt sich unter dieser Bedingung auf ihre Entwicklung eher negativ aus. Es
45 wird auch vielen Lebenssituationen von Eltern und Kindern (Wohnsituation, Zwänge durch
46 Erwerbsarbeitszeiten) nicht gerecht. Kinder und Jugendliche brauchen anpassungsfähige
47 Settings, bei denen sie selbst mitbestimmen können und keine starren Lösungen. Wenn sich
48 Eltern nach einer Trennung nicht auf ein Betreuungsmodell einigen können und es zu einem
49 familiengerichtlichen Verfahren kommt, müssen die konkreten Interessen und Wünsche der
50 Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt der Entscheidung stehen. Weder das Wechselmodell
noch

51 das Residenzmodell eignen sich als Standard. Es ist richtig, dass das Bürgerliche Gesetzbuch
52 heute gerade kein Standardmodell vorschreibt. Dabei soll es auch bleiben. Sowohl das
53 Residenzmodell als auch das Wechselmodell sowie dazwischen liegende Betreuungsmodelle
können

54 eine Lösung sein, um für ein Kind eine gute Betreuung und Erziehung nach Trennung der Eltern
55 zu gewährleisten und die Bedürfnisse der beteiligten Familienmitglieder auszubalancieren.

56 Politische Bestrebungen, das Wechselmodell als gesetzlichen Regelfall im Bürgerlichen
57 Gesetzbuch zu verankern, zielen darauf ab, dass die Familiengerichte das Wechselmodell
58 faktisch anordnen müssen, wenn keine konkrete Gefährdung für die betroffenen Kinder und
59 Jugendliche nachzuweisen ist. Dies kann nicht im Interesse der betroffenen Kinder und
60 Jugendlichen sein und entspricht nicht ihren in der UN-Kinderrechtskonvention verbürgten
61 Rechten, u.a. auf Beteiligung.

62 Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder in Trennungssituationen gestärkt werden. Der Wille der
63 Kinder soll bei der Wahl eines Betreuungsmodells stärker berücksichtigt werden. Das Kind als
64 Träger eigener subjektiver Rechte hat einen eigenen Willen, den es angemessen zu
65 berücksichtigen gilt. Auch dies spricht klar gegen die Verankerung eines Standardmodells zur
66 Betreuung nach Trennung und Scheidung im Bürgerlichen Gesetzbuch. Wichtig ist,
Überforderung

67 und Loyalitätskonflikte auf Seiten der Kinder und Jugendlichen in den Blick zu nehmen.

68 Eigenständige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder in Trennungssituationen (z.B.
69 Gruppenangebote) müssen weiterentwickelt werden; für diese Angebote darf es keine
70 Wartelisten geben, sie müssen zeitnah zur Verfügung stehen.

71 In Trennungskonflikten muss das Wohl des Kindes im Fokus stehen. Es gilt, Kindern und
72 Jugendlichen nach Trennung der Eltern beide Elternteile soweit wie möglich zu erhalten.
73 Hierbei sind die Lebenssituationen aller Familienmitglieder zu berücksichtigen, die
74 Bedürfnisse und Interessen der Kinder sind in den Mittelpunkt zu stellen. Eltern und vor
75 allem die betroffenen Kinder und Jugendlichen müssen in Trennungskonflikten unterstützt und
76 gestärkt werden.

weitere Antragsteller*innen

Katja Keul (KV Nienburg); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Henriette Katzenstein (KV Odenwald-Kraichgau); Svenja Rabenstein (KV Köln); Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Bernd Schwarz (KV Berlin-Reinickendorf); Simon Pabst (KV Berlin-Pankow); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Daniel Köbler (KV Mainz); Sven Lehmann (KV Köln); Petra Budke (KV Havelland); Ulle Schauws (KV Krefeld); Ina Rosenthal (KV Berlin-Kreisfrei); Lisa Paus (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Christof Ebrecht (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sebastian Weise (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Marion Lüttig (KV München); Kerstin Dehne (KV München); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.